

Annunzen-Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17.) bei E. S. Ulrich & Co. Breitestr. 20. in Grätz bei J. Strizland, in Resera bei H. Matthias, in Breschen bei J. Jurek.

Posener Zeitung.

Neunzigster

Jahrgang.

Annunzen-Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei E. S. Duhr & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Hoffe. In Berlin, Dresden, Grätz beim „Invalidendank“.

Nr. 631.

Sonnabend, 8. September.

1883.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4/8 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 4/8. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Preis des Blattes 10 Pf. Die Sonntagsblätter sind ebenfalls zu haben. In den Expeditionen zu haben und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer 6/8 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 7. September. Der König hat die Gerichts-Affessoren Dr. Freudenthal, Roschy und Moll zu Amtsräthern ernannt. Dem ordentlichen Lehrer an dem Realgymnasium in Trier, Rin, ist der Titel Oberlehrer verliehen worden. Der praktische Arzt Dr. med. Passow zu Düsseldorf ist zum Kreisphysikus des Kreises M. Gladbach ernannt worden. Dem Musiklehrer Nebbaum in Berlin ist das Prädikat Musikdirektor beigelegt worden. Dem Domorganisten Güls in Münster ist das Prädikat Musikdirektor beigelegt worden. Der Rechtsanwalt Ulmann zu Greifswald ist zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Stettin mit Anweisung seines Wohnsitzes in Greifswald ernannt worden. Der Forst-Affessor Piansstiel ist zum Oberförster ernannt und demselben durch die Pensionierung des Oberförsters Müller erledigte Oberförsterstelle zu Diezhausen im Regierungsbezirk Erfurt übertragen worden.

Politische Uebersicht.

Posen, den 8. September.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ behauptet, das Eisenbahnunglück in Steglitz dränge auf alle Lippen die Frage: „kann das Parlament überhaupt über technische Fragen entscheiden?“ Die „N. A. Ztg.“ würde gut thun, einmal darüber nachzudenken, ob zu den „technischen Fragen“ nicht auch diejenigen der Zollpolitik gehören, mit denen der Reichstag sich vor acht Tagen zu beschäftigen hatte. Im Jahre 1879 haben wir nicht gehört, daß die Kompetenz des Parlaments zur Entscheidung solcher Fragen von irgend einer Seite angefochten worden sei; es ist aber zu erwähnen, daß das Abgeordnetenverantwortlichkeitsgesetz, nach welchem die „N. A. Ztg.“ verlangt, den an dem damaligen Handel mit Zollerbühnungen beteiligten Parteien gefährlicher werden würde, als der Majorität des Abgeordnetenhauses, welche die übertriebene hohe Geldforderung für den Umbau des Bahnhofes Steglitz abgelehnt hat.

In seltsamer Weise wird der von den Nationalliberalen in dem früheren Wonnigen Wahlkreise aufgestellte Kandidat, Herr Götterdörfer, den Wählern empfohlen. Das „Ottendorfer Wochenblatt“ sagt zu seiner Empfehlung, das Volk habe zu viel Freiheiten, die Chrestheit, die Freizügigkeit, die Wechselfreiheit u. s. w. müßten eingeschränkt werden. In höchst eigenthümlicher Weise verleugnet dieser „Nationalliberalismus“ die eigenen Thaten. Der Artikel sagt nämlich wörtlich von der Fortschrittspartei:

„Und wer ist diese Gegenpartei? Es ist diejenige Partei, welche in den letzten 10 bis 15 Jahren in den Parlamenten die Oberhand hatte, welche gleichsam die Regierungspartei geworden. Es ist die Partei des modernen Liberalismus, also nicht zu verwechseln mit dem alten, bewährten, loyalen Liberalismus; es ist die Partei des Wucher- und Schacherthums, die Partei des unbegrenzten Freihandels, die Partei, welche die Gleichberechtigung der Juden auf ihre Fahne geschrieben, die sogenannte Manchester oder Fortschrittspartei.“

Mit denselben Worten könnte das Hr. Stöcker gesagt haben. Da wird es denn auch nicht befremden, daß die Resolution, welche die Ottendorfer Nationalliberalen neulich gefaßt haben, selbst den Beifall des ultra-reaktionären „Reichsboten“ gefunden hat. Trotz alledem läßt Hr. v. Bennigsen es sich nicht nehmen, seinen früheren Wählern die Kandidatur des Herrn Götterdörfer zu empfehlen. Sein Brief, den Pastor Pfaff in der „national-liberalen Versammlung vor einigen Tagen verlas, hat folgenden Wortlaut:

„Bennigsen, 29. August 1883. Lieber Freund! Aus der Schweiz seit zwei Tagen zurückgekehrt, erfahre ich hier Näheres über die Agitation der Fortschrittspartei gegen den von unseren Freunden aufgestellten Reichstagskandidaten Götterdörfer. Offenlich werden diese Bemühungen erfolglos bleiben. Unmöglich können doch Meinungsverschiedenheiten über die Mittel und Wege, wie den vielfach bedrückten Gemeinden am besten zu helfen ist, bei verständigen Leuten einen ausreichenden Grund bilden, statt eines Nationalen einen Fortschrittsmann zu wählen. Mit Verwunderung habe ich gesehen, wie die Vertreter der Fortschrittspartei in Reden und Flugblättern es fertig bringen, hierüber einen solchen Lärm zu machen, während in ihrer eigenen Partei, in einer Lebensfrage der Nation, dem kirchlichen Streit, die härtesten Gegensätze für und wider die Ultramontanen, friedlich nebeneinander wohnen. Die Fortschrittspartei könnte unter den jetzigen politischen Umständen in der That Besseres thun, als einem Wahlkreise, welcher seit 1867 stets mit großer Mehrheit nationalliberal gewählt hat, einen Fortschrittsmann aufzudrängen, welcher nach menschlicher Voraussicht im äußersten Falle nur durch eine Stichwahl siegen könnte mit Hilfe von Parteien, deren gemeinsame Gegner alle liberalen Fraktionen sind. Mit der Bitte um baldige nähere Nachricht über den dortigen Wahlkampf, in welchem ich Götterdörfer und unserer Partei den besten Erfolg wünsche, nachdem ich selbst so lange des Wahlkreises Vertrauen gewonnen und die Ehre hatte, ihn zu vertreten. Ihr freundschaftlich ergebener R. v. Bennigsen.“

In der kirchlichen Frage sind alle Parteien gespalten, nicht zum wenigsten die des Herrn v. Bennigsen, wie bei Gelegenheit seines Rücktritts genügend kund wurde, und die Regierung selbst hat ihren Standpunkt vollkommen gewechselt. Im Uebrigen bemerkt die „Weser-Z.“ zu dem Abdruck des Schreibens: „Mit einer Billigung der von Götterdörfer und seinen Freunden proklamirten Steuer- und Wirtschaftspolitik hat dieser Brief wahrhaftig wenig Ähnlichkeit; sein kurzer Sinn ist: wählt trotz derselben Herrn Götterdörfer.“ So thöricht wird nun hoffentlich die Majorität der Wähler am 13. d. M. nicht sein.

Die „Kreuztg.“ sucht den Eindruck der Nachwahl zum Reichstage in Liebenwerda-Torgau auf ihre Freunde durch den Hinweis auf die Nachwahl zum preussischen Abgeordnetenhaus in Bromberg zu paralysiren, wo Geh. Ober-Reg.-Rath Gahn, der in Folge Beförderung sein Mandat niederlegen mußte, wieder gewählt worden ist. Daß die auf den Namen des konservativen Kandidaten einmal gewählten Wahlmänner auch bei der Nachwahl für denselben gestimmt haben, ist nicht überraschend, sondern ganz selbstverständlich.

Die neueste Konzeption des bayrischen Ministers v. Luz an die Ultramontanen fordert die Münchener „Neueste Nachr.“, das angesehenste liberale Blatt in Bayern, zu folgender Absage heraus:

„Herr v. Luz läßt sich von den ultramontanen Wogen immer weiter treiben. Sie werden ihn nicht an das Land tragen, sondern auch ihn bald in ihre Tiefen hinabziehen. Wir haben dies nicht mehr zu befürchten. Eine schlimmere Umwälzung unserer Schulverhältnisse hätte auch ein ultramontanes Ministerium nicht hervorrufen können, und es hätte sich hierbei wenigstens nicht eines Abfalls von früheren Prinzipien schuldig gemacht. Wir überlassen von heute an Herrn von Luz voll und ganz der ultramontanen Partei. Sie mag thun und lassen mit ihm, was sie mag und will. Da die Liberalen die Schwelung des Ministeriums nicht mitmachen können, ist es zweifellos, daß sie von nun in offener, entschiedener Opposition gegen ihn stehen müssen.“

Aus Wien hat die „B. B.-Ztg.“ folgendes Telegramm erhalten: „Wie die „Presse“ meldet, hat zwischen der deutschen und der österreichischen Regierung ein Ideenaustrausch stattgefunden betreffs Anbahnung eines Handelsbündnisses. Es soll diese Frage in Salzburg zwischen Bismarck und Kalnoky diskutiert worden sein und handelt es sich angeblich um die Herstellung einer Zollunion mit Einbeziehung der Balkanländer in dieselbe.“

Die Annäherung Rumäniens an den deutsch-österreichischen Bund ist bereits Gegenstand allgemeiner politischer Diskussion geworden. So läßt sich die „Neue fr. Presse“ aus Gastein melden, der rumänische Ministerpräsident Brătianu, welcher mit dem Fürsten Bismarck konferirt habe, werde sich zunächst nach Aix-les-bains begeben und jodann nach Wien zurückkehren, um die Beratungen mit dem Grafen Kalnoky wieder aufzunehmen. Das genannte Blatt hält es für zweifellos, daß die Beratungen ein praktisches Ergebnis haben werden und Rumänien zu den beiden Kaiserreichen in ein ähnliches Verhältnis treten werde, wie Italien. Die Lösung der Donaufrage bleibe vorläufig in suspenso.

Letzter Tage erregte eine Bemerkung der „Nordb. Allg. Z.“, Prinz Peter Karageorgewitsch, der Schwiegersohn des Fürsten von Montenegro, strebe nicht bloß nach dem Throne von Serbien, sondern auch nach der Herrschaft in Bulgarien, Aufsehen. Jetzt bringt hiezu ein Konstantinopeler Bericht der „Pol. Corr.“ den erläuternden Kommentar. In demselben heißt es:

„Fürst Nikolaus von Montenegro hat, ohne sich scheinbar mit Politik zu beschäftigen und rein als guter Familienvater, welcher für seinen Schwiegersohn zu wirken sucht, die Gelegenheit, als der Sultan sich um seine Tochter erkundigte, benützt, um leise und bescheiden anzufragen, ob es nicht möglich wäre, den Prinzen Karageorgewitsch im nächsten Jahre, wenn die Amtsdauer Alexo Paschas abläuft, zum General-Gouverneur von Dürumelien zu ernennen. Es versteht sich von selbst, daß der Sultan in dieser Beziehung kein Versprechen erteilte, weil er seit der Ankunft Alexo Paschas diesem Letzteren sein volles Vertrauen zugewendet hat. Wenn aber Fürst Nikolaus sein Eintreten für den Schwiegersohn als eine reine Familien-Affaire dargestellt haben sollte, dürfte es gewiß nicht an scharfschauenden Rathgebern gefehlt haben, welche dem Sultan vorgestellt haben mögen, daß dieser Wechsel in der Person des General-Gouverneurs von Dürumelien einer Koalition mehrerer slavischen Staaten auf der Balkanhalbinsel unter der Führung Rußlands gleichläufige und daß dies immerhin manche bedenkliche Seite hätte.“

Uebrigens läßt der Korrespondent dahingestellt, ob die ganze Sache einen ernsteren Untergrund hat. Sie zirkulirt aber in sonst ernsten Kreisen und damit schon erscheint sie geeignet und werth zu sein, registriert zu werden.

In Agram hat am Donnerstag Freiherr v. Ramberg die Amtsgeschäfte von dem Banus Grafen Pejacewich übernommen. Die „Agramer Zeitung“ und die „Kardone Novine“ veröffentlichen eine Proklamation des Freiherrn v. Ramberg, in welcher dieser als seine Aufgabe bezeichnet, die Ruhe wiederherzustellen und das beleidigte Ansehen der Staatsgewalt durch Wiederanbringung der Wappenschilder mit doppelter Sprache herzustellen. Auch ist hiermit bereits der Anfang gemacht worden. Die Reparatur der ungarischen Staatsautorität wird unter klingendem Spiel in Szene gesetzt. Die Kroaten lassen sich die Demüthigung angeheinend ruhig gefallen. Charakteristisch ist in dessen die Meldung des Telegraphen, man habe vor den bereits wieder ausgerückten Wappenschildern Wachen aufgestellt. Man scheint demnach der Ueberzeugung zu sein, daß die Schilder ohne die militärische Bewachung nicht lange an ihrem Plage verbleiben würden und man mag mit dieser Annahme im Recht sein.

Die Ausweisung des Grafen von Paris aus Frankreich scheint beschlossene Sache zu sein. Der französische Minister des Innern, Waldeck-Roussau, hat anlässlich der

am Donnerstag in Le Hay erfolgten Einweihung des Denkmals Lafayette's Veranlassung genommen, den Standpunkt der Regierung gegenüber der Präsidentschaft der Orleans zu betonen. Das hierauf bezügliche Telegramm lautet:

Paris, 7. September. Der Enthüllungsfest in Le Hay folgte gestern Abend ein Banket, auf welchem der Minister des Innern Waldeck-Roussau abermals das Wort ergriff und ausführte, das republikanische Regime folge den Weg unbegrenzter Entwicklung. Das Land verlasse sich auf sich selbst und sei bei den jüngsten Ereignissen ruhig, ja sogar gleichgültig gewesen. Im Uebrigen wisse er nicht, wie die Successionsfrage, die eine offene und nicht ohne Gefahr sei, anders gelöst werden könne, als durch eine Verweisung aus dem französischen Staatsgebiete. Der Minister trank schließlich auf die Presse, die wohl verstehe, daß er die Freiheit seiner Äußerung hierüber aus Rücksicht auf sich selbst und andere eingeschränkt habe.

Es ist nicht denkbar, daß der Minister in dieser unabweisbaren Weise von einer Ausweisung gesprochen haben sollte, wenn nicht bereits vorher der Ministerrath nach dieser Richtung hin einen Beschluß gefaßt hätte. Man wartet wahrscheinlich nur auf eine Gelegenheitsursache zur Ausführung dessen, was im Prinzip beschlossen worden. Die Worte des Ministers können also dem Grafen von Paris als eine ernste Warnung dienen, nachdem derselbe sich bereits durch die offizielle Anzeige des Todes des Grafen Chambord an die Monarchen Europas ziemlich weit vorgewagt hat.

Die Suezkanalfrage ist jüngst Gegenstand eines Gedankenaustrausches zwischen der englischen und der französischen Regierung gewesen. Wie der Pariser „Temps“ aus zuverlässiger Quelle wissen will, hat Gladstone der französischen Regierung die Versicherung erteilt, daß die britische Regierung bis zum Wiederzusammentritt des Parlaments, der im November stattfinden soll, sich jedweder Aktion und aller Einmischung enthalten werde, die dazu angethan sein könnte, das bestehende Regime des Suezkanals in der Richtung der englischen Forderungen zu modifiziren. Nach dem Ermessen Gladstone's sollte diese Art von diplomatischem Waffenstillstande von den englischen Handelskammern und Schiffserhebern einerseits und der Verwaltung des Suezkanals andererseits dazu benützt werden, die Grundlagen eines Abkommens in freundschaftlicher Weise unabhängig von amtlichen Wegen und jeder staatlichen Einmischung zu suchen.

In Christiania sind seit Anfang vorigen Monats die Verhandlungen vor dem Reichsgericht gegen die der Verfassung-Verletzung angeklagten norwegischen Staatsminister im Gange. Ueber die Vorgeschichte dieses Prozesses sei Folgendes recapitulirt: Das norwegische Grundgesetz enthält u. A. die Bestimmung, daß ein von der Volksvertretung in drei auf einander folgenden Sessionen unverändert gefaßter Beschluß auch trotz des Widerspruchs des Königs Gesetzeskraft erlangt. Diese Bestimmung ist seit jeher allen norwegischen Königen ein Dorn im Auge gewesen und sie haben zu allen Zeiten Minister gefunden, welche sich bemühten, in einer oder der anderen Weise dagegen anzukämpfen. Am eifrigsten hierin war der Staatssekretär Selmer. Nach dem norwegischen Grundgesetz dürfen die Minister nicht an den Sitzungen der Volksvertretung Theil nehmen. Dies führt selbstverständlich vielerlei Unbequemlichkeiten herbei und die Regierung beantragte deshalb bereits vor längeren Jahren, noch zur Zeit des verstorbenen Königs, eine Abänderung dieser Bestimmung. Leider ward dieser Antrag von der Volksvertretung nicht angenommen, da dieselbe hiervon einen nachtheiligen Einfluß auf ihre Verhandlungen befürchtete. Dieser Beschluß sollte für die Zukunft verhängnißvoll werden, denn als man sich später von der Unbegreiflichkeit der Beschränkung überzeugte und nun selbst die Anwesenheit der Minister im Reichstage beschloß, verweigerte die Regierung ihre Zustimmung, wenn nicht zuvor dem Könige das absolute Veto zugesprochen würde. Der Reichstag ließ sich aber hierauf nicht ein, sondern bekräftigte einfach seinen Beschluß in den nächstfolgenden zwei Sessionen, wodurch dieselbe nach dem Wortlaute der Verfassung Gesetzeskraft erlangen mußte; die Regierung weigerte sich aber, denselben in der Gesammmlung zu veröffentlichen oder ihn auszuführen. Außer dieser einen Streitfrage erhoben sich bei beiderseitig gereizter Stimmung noch eine ganze Anzahl anderer Fragen von geringerer Wichtigkeit zwischen Reichstag und Ministerium, und das Ende vom Liede war eine Anklage gegen das Letztere wegen Verfassungbruch, worüber gegenwärtig das Reichsgericht entscheiden soll. Das Gericht ist zusammengesetzt aus Mitgliedern des Höchsten Gerichts und des Reichstages, die erstere, als von der Regierung ernannt, stehen sämmtlich auf Seiten der Minister, die letzteren sind entschiedene Gegner derselben. Die bisherigen Verhandlungen drehten sich lediglich um den Versuch der Verklagten, die Reichstagsmitglieder wegen Voreingenommenheit abzulehnen. Man hat sich über diesen Punkt noch nicht geeinigt. Es verlautet, daß Falls die Ablehnung der vom Verthätiger des Ministers Selmer als „inhabil“ bezeichneten Mitglieder nicht angenommen werden sollte, die Mitglieder des Höchsten Gerichts, die eigentlichen Richter, insgesamt den Gerichtssaal zu verlassen und dadurch jede Verhandlung unmöglich zu machen beabsichtigen.

Produkten-Börse.

Berlin, 7. September. Wind: S.O. Wetter: Trübe.

Der heutige Markt hat ein so verändertes Bild gegen sein Aussehen in der letzten Woche, daß nur derjenige nicht davon überrascht sein kann, der mit so ruhigem Blicke die Vorgänge beobachtet, wie der unparteiische Referent; ekkatanter konnte unsere gestern an dieser Stelle ausgesprochene Anschauung nicht bestätigt werden, als es schon in dem Verlaufe des heutigen Verkehrs geschah. Die Stimmung war für Getreide nachhaltig fest.

Korn-Weizen still. Für Termine hatte die von Newyork gemeldete Haufe das Signal zu sehr umfangreichen Deckungen seitens der größten Kommissionshäuser, auf Grund vorliegender Ordres, gegeben. Die Kurse setzten erheblich höher ein und avancierten fast ohne Unterbrechung bis zum Schlusse, so daß laufende Sicht 5 M., die anderen Termine etwa 4 M. gegen gestern gewonnen hatten.

Korn-Roggen ging zu unveränderten Preisen wenig um. Der Terminverkehr lieferte einen prägnanten Beweis für die Richtigkeit unserer gestern an dieser Stelle dargelegten Auffassung der Situation. Die Kaufkraft erwies sich ganz kolossal, so daß es eigentlich zu verwundern ist, wenn die Kurse nicht mehr, als geschehen, profitierten.

Korn-Hafer fester. Termine höher. Roggenmehl merklich theurer. Mais unverändert. Termine fester.

Rüböl erfuhr trotz der von Paris gemeldeten Flaue rege Nachfrage und in deren Folge eine merkliche Besserung, welche am meisten näher Lieferung zu Statten kam.

Petroleum besser, besonders nahe Termine.

Spiritus setzte fest ein, ermattete aber durch umfangreiche Realisationen, die namentlich den Werth des laufenden Monats schwächerten. Der Schluss blieb recht matt.

(Qual.) Weizen per 1000 Kilogramm loco 155-220 Mark nach Qualität, gelbe Lieferungsqualität 192 M., mit Geruch - ab Bahn bez., per diesen Monat 190,75 bez., per September-Oktober 190,75 bez., per Oktober-November 193-195,25 bez., per November-Dezember 195,5-195,25-197 bez., per April-Mai 1884 204-205-204,5 bez. - Gefündigt - Zentner.

Roggen per 1000 Kilogramm loco 142-162 nach Qualität, Lieferungsqualität 151 M., inländ. feiner neuer 159-160, mittel - bez., klammer - do. geringer 144-147 ab Bahn bez., abgel. Anmeldungen - per diesen Monat 151-150,75-152-151,25 bez., per September-Oktober 151-150,75-152-151,25 bez., per Oktober-November 152,75-154-153,75 bez., per November-Dezember 155,25 bis 156,5-156 bez., per Dezember 1883-Januar 1884 - bez., per April-Mai 159-159,75-159,25 bez. - Gefündigt 152,000 Zentner.

Gerste per 1000 Kilogramm große und kleine 135-210 M., Futtergerste - n. D.

Hafer per 1000 Kilogr. loco 130-168 nach Qualität, Lieferungsqualität 132 M., pomm. neuer 140-147 bez., schleischer do. 140-148 bez., do. feiner alter 155-158 M. bez., Oberbrucher - M., per diesen Monat - per September-Oktober 131,5-131,75 bez., per Oktober-November 131,75-132-131,25 bez., per November-Dezember 132 bis 132,5-131,75 bez., per April-Mai 137,25-137 M. bez., per Mai-Juni - bez. - Gefündigt - Zentner.

Mais loco 139-142 M. n. Qual., per diesen Monat - bez., per September-Oktober - bez., per Dezember und Januar - bez. - Gefündigt - Ztr.

Erbsen Kochwaare 185-220, Futterwaare 165-180 M., per 1000 Kilogr. nach Qualität.

Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto inkl. Sack. loco 25,75 M. Br. per diesen Monat - per September-Oktober - per

Oktober-November, November-Dezember, Dezember-Januar, Januar-Februar 1884, Februar-März, März-April 24,5 M. Br., 24 Gd., per April-Mai - bez. - Termine unverändert.

Feuchte Kartoffelstärke pro 100 Kilogramm brutto inkl. Sack. loco - Gd., per diesen Monat - per November-Dezember und per Dezember-Januar - bez.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unverfeinert inklusive Sack per diesen Monat u. per September-Oktober 21,90 bis 21,40-21,35 bez., per Oktober-November 21,40-21,50-21,45 bez., per November-Dezember 21,60-21,70-21,65 bez., April-Mai 21,85-22 bis 21,95 Mark bez. Gefündigt - Ztr.

Weizenmehl Nr. 00 28,50-26,75, Nr. 0 26,50-25,00 Nr. 0 u. 1 24,50 bis 22,00. Roggenmehl Nr. 0 22,50-22,00, Nr. 0 u. 1 21,50 bis 20,50 M.

Rüböl per 100 Kilogramm loco mit Fass 69 M., ohne Fass 67,5 M., per September-Oktober 67,1-67,8 bez., Oktober-November 67-67,75 bez., per November-Dezember 67-67,5 bez., per Dezember - per April-Mai 67,9 bez. - Gefündigt - Ztr.

Petroleum, raffiniertes (Standard white) per 100 Kilogr. mit Fass in Pöfen von 100 Logr., loco - per diesen Monat 24,3 M. bez., per September-Oktober 24,3 bez., per Oktober-November 24,5 M., per November-Dezember 24,9 M. per Dezember-Januar 25,4 M.

Spiritus. Per 100 Liter a 100 Prozent = 10,000 Liter St. loco ohne Fass 56,8 M. bez., loco mit Fass - bezahlt, abgelassene Anmeldungen - mit leibweißen Gebinden - bez., ab Speicher - bez., frei Haus - M., per diesen Monat 56,8-56,3 bez., per September-Oktober 53,9-53,5 bez., per Oktober - per Oktober-November 52,4 bis 52 bez., per November - bez., per November-Dezember 51,5 bis 51,2 bez., per Dezember 1883-Januar 1884 - bez., per Februar-März - bez., per April-Mai 52,8-52,4-52,5 bez. Gefündigt - Liter.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 7. September. Die heutige Börse eröffnete in ziemlich fester Haltung; die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Notierungen lauteten gleichfalls günstiger. Die Kurse setzten hier auf spekulativem Gebiet mit nur unwesentlichen Veränderungen ein und konnten sich weiterhin im Allgemeinen behaupten. Das Geschäft entwickelte sich ruhig; nur einige Ultimoperte hatten periodisch belangreichere Umsätze für sich.

Der Kapitalmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide

Anlagen und fremde festen Zins tragende Papiere erwiesen sich der Haupttendenz entsprechend fester.

Die Kassamerte der übrigen Geschäftszweige waren ziemlich fest bei ruhigem Verkehr.

Der Privatdiskont wurde mit 2 1/2 pCt. für feinste Briefe notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Kreditaktien mit unwesentlichen Schwankungen mäßig behaftet um; Franzosen, Lombarden und andere österreichische Bahnen waren behauptet und ruhig.

Von den fremden Fonds waren ungarische Goldrente und Italiener fester, russische Anleihen behauptet.

Deutsche und preussische Staatsfonds fest, inländische Eisenbahn

Prioritäten rubig.

Bankaktien waren ziemlich fest und rubig; Diskonto-Kommandit

Antheile etwas besser, Deutsche Bank behauptet.

Industriepapiere schwach und still; Montanwerthe weichend;

Dortmunder Union Stamm-Prioritäten fester.

Inländische Eisenbahnaktien behauptet und rubig; Marienburg

Mawla fester. Mainz-Ludwigshafen, Mecklenburgische, Ostpreussische Südbahn etwas schwächer.

Umschlagungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden holl. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Bourse Sterling = 20 Mark.

Table with multiple columns listing various financial instruments, exchange rates, and market data. Columns include 'Wechsel-Kurse', 'Ausländische Fonds', 'Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäten-Aktien', 'Berlin-Dresd. Sr. g.', 'Deutsche Bank', 'Industrie-Aktien', 'Bank-Aktien', 'Hypotheken-Certifikate', 'Vom Staate erworbene Eisenb.', 'Eisenbahn-Prioritäten-Aktien und Obligationen', and 'Berg-Märk. II. S. g.'. Each entry lists a name, a numerical value, and a unit or currency type.